

Presseerklärung der SPD Westerstede

Bezug: Artikel „Versöhnung“ in Westerstede (NWZ / „Ammerländer Nachrichten“ 11. Oktober 2019)

Die SPD Westerstede unterstützt die Schülerinitiative „Gegen das Vergessen“, die auch in diesem

Jahr mit einem Gedenkgang am Abend des 9. November an die Reichspogromnacht von 1938 an ausgewählten Stätten in Westerstede erinnern möchte (NWZ, 11.10.2019).

Die in jüngster Zeit zunehmende rechtsextremistische Gewalt in unserem Land, wie zuletzt in Halle/Saale mit dem terroristischen Anschlag auf die dortige Synagoge der jüdischen Gemeinde,

zeigt die wachsende Bedrohung unserer demokratischen Ordnung.

Die SPD Westerstede ruft alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt auf, sich an der Aktion der

jungen Menschen am 9. November anzuschließen und an diesem Abend ein sichtbares Zeichen für ein friedliches und humanes Miteinander zu setzen.

Wir begrüßen ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft und Politik, unterstützt und begleitet durch die hiesige Presse, und regen eine Erklärung der im Rat vertretenen Parteien bzw. Gruppierungen an, die am Abend des 9. November vor dem Rathaus vom neuen Bürgermeister verlesen werden sollte.

Es bereitet uns große Sorge, dass das Gedankengut rechter Gewalt zunehmend auf die politische Mitte abzielt, daher halten wir es auch für notwendig, dass auch nach dem Gedenktag ein breites

Bündnis demokratischer Kräfte in Westerstede aktiv wird.

Es sollte einer der ersten Aufgaben des neuen Bürgermeisters Michael Roesner sein, unter seiner

Leitung ein öffentliches Forum zu schaffen, auf dem alle Interessierten (Bürger und Bürgerinnen, Institutionen, Organisationen, Vereine etc.) die Möglichkeit erhalten, gemeinsam darüber nachzudenken, welchen Beitrag Westerstede gegen Inhumanität und Gewalt leisten kann, um damit Schutz der Schwachen und Gefährdeten zu schaffen.

In dieser Verantwortung stehen wir all den Menschen gegenüber, die auch in Westerstede während der NS-Zeit ausgegrenzt und verfolgt wurden.

Eine Formulierung wie „Wir haben uns damals nicht mit Ruhm bekleckert...“ (so Hilke Hinrichs,

Vertreterin des Bürgermeisters, NWZ 11.10.2019) ist auf jeden Fall unglücklich gewählt und verstört.

Zu kritisieren ist auch das Fehlen jeglichen Hinweises in dem NWZ-Artikel auf die Ermordung zahlreicher jüdischer Mitbürger Westerstedes, die nicht durch Flucht in das Ausland ihr Leben retten konnten.

Nutzen wir das vorhandene demokratische Potenzial unserer Stadt, bekennen wir uns zu der damaligen Schuld und der damit verbundenen Verantwortung – und ziehen wir daraus die richtigen Lehren!

Das würde auch den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens stärken!